

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

5/Okt.–Nov. 2013

KOMPETENZ

Allzeit überwacht

Datenschutz im Arbeitsalltag

ab Seite 4

www.gpa-djp.at

Inhalt

Thema

- 04 Unbemerkte Überwachung
- 09 Whistle blowing
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Metaller-KV
- 14 Interview mit Caritas-Präsident Küberl
- 16 Europa geht anders
- 18 Falscher Zwang zum Sparen

Arbeitswelt

- 19 Kurzmeldungen
- 20 Frei, aber doch gebunden
- 22 Arbeiten ohne Papiere
- 23 Hohe Fluktuation auf Achse
- 24 Unfreiwillig länger im Geschäft

Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Nurih Wagner-Strauss

Unbemerkte Überwachung

14



© Nurih Wagner-Strauss

Interview mit Franz Küberl

20



© Nurih Wagner-Strauss

Frei – aber doch gebunden

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: MMag.ª Andrea Rogy, kompetenz@gpa-djp.at Redaktion und Anzeigen: Mag.ª Lucia Bauer, Renate Schauer, rene.schauer@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf

Coverfoto: Nurih Wagner-Strauss DVR-Nr. 0046655

ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Artikel und Fotos.



Datenflut am Arbeitsplatz

von Dwora Stein

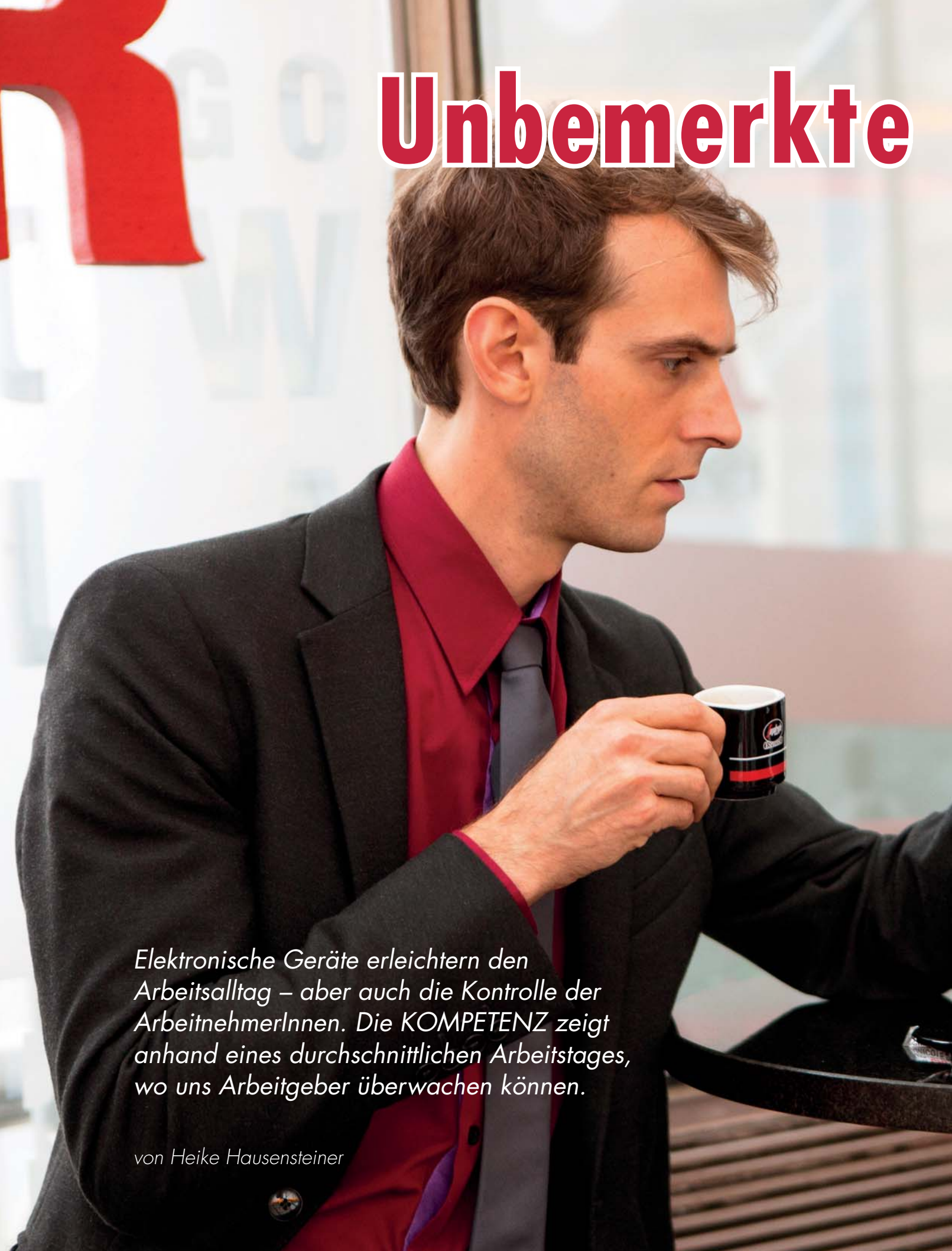
Bei jedem Schritt, den wir im Alltag setzen, hinterlassen wir Spuren in Form von Daten. Oft ist uns gar nicht bewusst, dass wir gerade eben, während wir spazieren gehen, tanken, einkaufen, arbeiten oder telefonieren, aufgezeichnet, gefilmt oder durch einen Satelliten erfasst werden. Sei es nun am Arbeitsplatz oder in der Freizeit, unsere persönlichen Daten sind längst nicht mehr reine Privatsache.

Besonders problematisch wird die gesammelte Datenflut am Arbeitsplatz. Der Arbeitgeber kann theoretisch jederzeit auf E-Mails zugreifen und auch das Surfverhalten seiner MitarbeiterInnen überwachen. Am Arbeitsplatz geführte Telefongespräche bleiben längst nicht immer unter vier Ohren. Erfasst wird oft auch der Zutritt zu bestimmten Räumen oder Dienstwege über das Navigationssystem. Durch die Nutzung von Smartphones und anderen mobilen Geräten werden ArbeitnehmerInnen oft im wahrsten Sinne des Wortes zu gläsernen Menschen und viele Arbeitgeber schrecken nicht davor zurück, auch sensible Daten auszuwerten und zu nutzen.

MitarbeiterInnen setzten sich dagegen viel zu selten zur Wehr, weil sie den Verlust des Arbeitsplatzes befürchten. Deshalb brauchen ArbeitnehmerInnen effektive betriebliche Vorkehrungen, die sie vor illegaler Überwachung vonseiten der Arbeitgeber schützen. Das österreichische Datenschutzgesetz bietet derzeit keinen ausreichenden Schutz. Zwar sind Kontrollmaßnahmen, die die Menschenwürde berühren, nach dem Arbeitsverfassungsgesetz nur mit Zustimmung des Betriebsrates zulässig. Es braucht jedoch auch im Datenschutzgesetz zusätzliche Regelungen, die auf die Besonderheiten des Arbeitsverhältnisses Bedacht nehmen. Diese sind erforderlich, um betrieblichen Datenschutz nicht nur zu einem Schlagwort, sondern zur gelebten Praxis zu machen.

Die Überwachung und Erfassung der eigenen Daten im Arbeits- und Privatleben kann man nicht vollständig verhindern. Wichtig ist jedoch, bewusst damit umzugehen und die eigenen Rechte zu kennen. Wir haben daher in der aktuellen Ausgabe der KOMPETENZ einen Datenschuttschwerpunkt gesetzt. ■

Unbemerkte

A man with short brown hair, wearing a dark grey suit jacket, a red dress shirt, and a grey tie, is shown in profile from the chest up. He is holding a black mug with a red and white logo in his right hand. He has a serious, contemplative expression. The background is a blurred office setting with large windows and some red and white structural elements.

Elektronische Geräte erleichtern den Arbeitsalltag – aber auch die Kontrolle der ArbeitnehmerInnen. Die KOMPETENZ zeigt anhand eines durchschnittlichen Arbeitstages, wo uns Arbeitgeber überwachen können.

von Heike Hausensteiner

Überwachung





Die elektronische Zeiterfassung macht uns für den Arbeitgeber leicht kontrollierbar.

Frisch rasiert, aber bereits abgehetzt kommt der Arbeitnehmer – wir nennen ihn Georg Blankendorf – am Montagmorgen in die Firma. Der dichte Straßenverkehr, den die „Staukameras“ via Radio meldeten, hat ihn heute sicherlich zehn Minuten gekostet. Weshalb Georg Blankendorf erst um 8 Uhr 31 mit seiner elektronischen Schlüsselkarte am Arbeitsplatz eincheckt.

Die Arbeitszeiterfassung macht diese elektronische Anmeldung notwendig. Abgesehen davon ist die Eingangstür ohnehin videoüberwacht, sodass der Portier – und damit auch der Unternehmenschef – weiß, wann wer kommt und geht. Aufzeichnungen über die geleisteten Arbeitsstunden sind im Arbeitszeitgesetz vorgeschrieben. Nur so sind Beginn und Ende der Arbeitszeit und Ansprüche auf Überstundenzahlungen oder Zeitausgleich



festzustellen. Die Vorschrift ist also durchaus im Sinne der ArbeitnehmerInnen.

Im elektronischen Visier

Was hingegen bedenklich wäre, ist: Wenn ArbeitgeberInnen die Arbeitszeiterfassung mit Projektarbeit verknüpfen oder ihre MitarbeiterInnen, wie etwa PaketzustellerInnen, überwachen. Auch Call-Center-MitarbeiterInnen sitzen permanent im elektronischen Visier ihrer Vorgesetzten. Grundsätzlich gilt: „Je dichter die ArbeitnehmerInnen erfasst sind, umso mehr bedarf das der Zustimmung der Personalvertretung“, betont Clara Fritsch von der Abteilung Arbeit & Technik in der GPA-djp.

Georg Blankendorf ist Regionalleiter einer Handelskette. Im Arbeitsalltag ist er ebenfalls auf elektronische Geräte angewiesen: Vom Handy und neuerdings Smartphone bis zum Computer-Arbeitsplatz, ist er mit dem Dienstauto unterwegs, muss er auch den Laptop dabei haben. Mobilität verpflichtet.

Viele ArbeitnehmerInnen sind sich gar nicht bewusst, wie leicht sie überwachbar sind.

Georg hat es fein. Er kann seinen Internet- und E-Mail-Anschluss in der Firma auch für private Zwecke nutzen. ArbeitnehmerInnen in Handwerksberufen haben dazu aus rein praktischen Gründen kaum die Möglichkeit. Ob am Arbeitsplatz die private Nutzung von E-Mail und Internet erlaubt ist, sollte ebenfalls in einer Betriebsvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat ausformuliert sein, erläutert Clara Fritsch. Die Privatnutzung von Internet oder Telefon muss bloß in einem eingeschränkten Rahmen bleiben und darf den betrieblichen Ablauf nicht stören.

Den E-Mail-Verkehr oder die im Internet eingegebene Urlaubsrecherche oder Partnersuche können Arbeitgeber über Suchmaschinen mitverfolgen – wenn sie wollen. Technisch ist das möglich. Private E-Mails dürfen aber weder die MitarbeiterInnen in der EDV-Abteilung lesen, noch dürfen sie diese an den Unternehmenschef weitergeben. Wenn die Daten ausgewertet werden, sind wieder eine Betriebsvereinbarung und die Zustimmung der ArbeitnehmervertreterInnen notwendig.

Empfehlenswert ist daher, mehrere E-Mail-Adressen für verschiedene – private und amtliche – Zwecke zu verwenden, rät der Soziologe Hans Christian Voigt. Über Datenschutz am Arbeitsplatz hält er mit Internet-Experten Seminare im Auftrag der GPA-djp. Diese werden seit einigen Jahren von BetriebsrätInnen stark nachgefragt. Ratsam ist es auch, dass jemand aus der IT-Abteilung im Betriebsrat sitzt.

Zu den einfachen Mitteln, um Daten am Internet-Arbeitsplatz zu schützen, zählt bereits, anstatt der dominierenden Suchmaschinen Google, Microsoft und Yahoo lieber Alternativen zu benutzen. Etwa „Ixquick“ mit Sitz in den Niederlanden oder „DuckDuckGo“ aus den USA.

Daten werden gespeichert

Zwar bestritten Riesenkonzerne wie Google, bei der Überwachung durch die US-Geheimdienste Daten weitergegeben zu haben. Unbestritten ist, dass Google & Co. automatisch unzählige persönliche Daten abspeichern. Und diese Informationen sind eine Goldgrube für Marketingspezialisten, Geheimdienste, Hacker und Kriminelle, die gerne in den Besitz von persönlichen Suchdaten kommen möchten. Demgegenüber halten Ixquick oder DuckDuckGo keine persönlichen Daten fest.



© Nurih Wagner-Strauss

Durch das Navigationssystem kann der Arbeitgeber kontrollieren, ob wir Umwege bei Dienstfahrten machen.

Pause auf der Autobahn

Wenn Blankendorf mit dem Firmenauto zu einer Filiale unterwegs ist, aktiviert er das Navigationsgerät, um die schnellste Strecke zu der entlegenen Adresse zu fahren. Selbstverständlich speichert auch das „Navi“ den jeweiligen Aufenthaltsort und sobald Blankendorf eine Fahrpause macht: Sei es, weil er die Autobahn-Toilette aufsucht, mit seiner Freundin telefoniert oder von Polizisten wegen überhöhter Geschwindigkeit gestoppt wird. Das alles kann der Softwarebetreiber des „Navi“ mitverfolgen. Keinesfalls darf er die Informationen aber an den Arbeitgeber der BenutzerInnen weiterleiten.

Nach der Mittagspause genehmigt sich Blankendorf noch einen Espresso im Kaffeehaus. Dabei telefoniert er neuerlich. Dass er als Arbeitnehmer gerade Pause macht, wissen so ebenfalls alle, die das beobachten wollen. Die sogenannte „Vorratsdatenspeicherung“ macht das sogar per Gesetz möglich: Seit April 2012 sind die Tele-

komdienste in Österreich verpflichtet, die Kommunikationsdaten aller BürgerInnen sechs Monate lang zu archivieren. Die Maßnahme war von Anfang an umstritten.

Die Vorratsdatenspeicherung kostet in Österreich acht Millionen Euro pro Jahr. Ein Gutteil davon fließt den

Telekomaniern aus dem Steuerlopf zu. Seit der Einführung vor ein- einhalb Jahren gab es mehr als 400 Abfragen. Vorwiegend allerdings nicht wegen schwerer Delikte, sondern in erster Linie bei Fällen von Diebstahl, Stalking, Drogendelikten, Urkundenfälschung oder Abgabenhinterziehung. Ob die präventive



Unser Surfverhalten im Internet ist für IT-Experten leicht nachvollziehbar.



© Nurih Wagner-Strauss

Protokollierung von Daten aus Telefonie und Online-Kommunikation mit den Grundrechten der Europäischen Union überhaupt vereinbar ist, überprüft derzeit der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Datenschützer aus mehreren Ländern, darunter Österreich, haben dagegen eine Klage eingebracht.

Als Georg Blankendorf am späten Nachmittag mit dem Firmenauto nach Hause fährt, muss er unterwegs tanken. Inzwischen sind auch sämtliche Tankstellen mit Überwachungskameras ausgestattet. „Das ganz normale Leben ist ein permanenter Datenaustausch geworden“, sagt Datenschutz-Expertin Clara Fritsch. Die Betriebe – also etwa auch Supermärkte – müssen jedoch jede Videokamera von der Datenschutzkommission genehmigen lassen und dürfen die Aufnahmen maximal drei Tage lang speichern. Eindeutig verboten ist die Überwachung per Video in Umkleide- und Pausenräumen.

Zur Sicherheit überwacht

Rund die Hälfte der Beschwerden, die bei der Datenschutzkommission in Österreich eingebracht werden, betreffen daher auch die Videoüberwachung. Dadurch könnten in Wirklichkeit jedoch keine Delikte verhindert werden, so Clara Fritsch. „Die Täter zerstören entweder vorher die Kamera oder handeln im Affekt.“ Weshalb werden dann trotzdem immer mehr öffentliche Plätze und Verkehrsmittel wie Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen mit Kameras ausgestattet?

Teils sind die Sicherheitsfirmen dahinter, teils wollen die Betreiber – also auch die öffentliche Hand – nach den internationalen Terroranschlägen auch in Österreich den Passantinnen und Fahrgästen offensichtlich Sicherheit vermitteln.

Am Abend lässt sich Blankendorf zu Hause müde auf die Couch sinken. Im Fernsehen laufen die Nachrich-

ten. Parallel dazu surft er mit seinem Laptop im Internet. Für einen guten Freund will er zu dessen 50. Geburtstag noch ein Buch bei amazon bestellen.

Georg Blankendorf kann jedoch die Homepage des weltweit größten Online-Händlers nicht anwählen. Leider wird bei amazon gerade gestreikt: Wegen der miserablen Arbeitsbedingungen, die im Frühjahr 2013 auch im deutschsprachigen Raum medienöffentlich geworden sind. Die Vorwürfe reichten von Lohndumping über Akkordarbeit bis zu Leiharbeit unter sklavenähnlichen Bedingungen.

Jetzt erinnert sich Georg Blankendorf wieder an die Zeitungsberichte. Da greift er zum Telefon. Lieber bestellt er telefonisch bis 20 Uhr das Buch bei der ihm bekannten Buchhandlung in der Stadt. Dort kann er sich seine gewünschten Titel schon am nächsten oder übernächsten Tag abholen. ■

Für private Einkäufe im Internet lieber alternative Suchmaschinen wie „Ixquick“ oder „DuckDuckGo“ benutzen.



Whistle- blowing

*Hinweise geben, aufdecken,
Nest beschmutzen?*

von Clara Fritsch



Datenschutz-Expertin in der GPA-djp Clara Fritsch

Wer Missstände öffentlich macht und dabei seine ArbeitgeberInnen schlecht aussehen lässt, begibt sich auf dünnes Eis. Dazu braucht es Menschen mit sozialem Mut und mit ethischem Ungehorsam. Abseits der berühmten Aufdecker wie Julian Assange oder Edward Snowden gibt es weitere HinweisgeberInnen, deren Informationen von hohem öffentlichem Wert sind – sollte man meinen. Denn nicht selten werden die Hinweisgeber öffentlich verunglimpft und mit psychologischer Kriegsführung bedacht.

In Frankreich hat sich für Hinweisgebertum, das soziale Missstände anprangert, der Ausdruck ethischer Ungehorsam etabliert. Denn es stellt sich das Problem, an wen sich AlarmschlägerInnen wenden sollen, wenn doch ihre eigenen Vorgesetzten diejenigen sind, die „Dreck am Stecken“ haben. Verschiedene „Öffentlichkeiten“ stehen den HinweisgeberInnen zur Verfügung: Behörden, Staatsanwaltschaft oder Medien.

Whistleblowing rechtlich

Eine EU-weite Gesetzgebung dazu gibt es nicht. Im Nicht-EU-Staat Island gibt es seit April 2011 eines der modernsten Gesetze zum HinweisgeberInnen-Schutz in Europa. Großbritannien, Spanien und die Niederlande haben nationale Gesetze zum Thema HinweisgeberInnen.

In Österreich lässt sich ein gewisser Schutz aus dem Arbeitsverfassungsgesetz ableiten. Und zwar aus § 37 wo das Recht für ArbeitnehmerInnen festgelegt ist, sich intern mit einer Beschwerde an die ArbeitgeberInnen zu richten und gleichzeitig klar gestellt ist, dass daraus kein Nachteil für die HinweisgeberInnen entstehen darf. Die sogenannte „Motivkündigung“ ist somit bei HinweisgeberInnen ausgeschlossen.

Recht haben und Recht bekommen

Es wird allerdings nicht reichen, sich dem Thema nur von juristischer Seite zu nähern und nach Gesetzesbeschlüssen zu rufen. Das Beispiel USA zeigt es vor: Dort gibt es ein Gesetz, das Hinweisgebern einen besonderen Schutz gewährleisten soll (Sarbanes-Oxley-Act, kurz SOX genannt), doch dürfte dessen Wirksamkeit von den AlarmschlägerInnen wenig vertraut werden. Denn Whistleblower werden zunehmend verurteilt.

Hinweisgeber-Systeme

Das einzige öffentliche Whistleblowing-System in Österreich wurde 2013 von der Korruptionsstaatsanwaltschaft im Justizministerium eingerichtet. Es werden aber auch in immer mehr privaten Unternehmen Hinweisgeber-Systeme eingeführt – ausgehend von US-amerikanischen Konzernen, die per Gesetz

dazu verpflichtet sind. Die Meldung von Missständen kann aber immer nur als Ergänzung zum internen Management funktionieren. Dazu müssen zwei wesentliche AkteurInnen berücksichtigt werden: Einerseits haben BetriebsrätInnen ein gewichtiges Wort mitzureden. Andererseits ist die Datenschutzkommission (DSK) verpflichtet, innerbetriebliche Systeme zu genehmigen, bevor sie eingeführt werden. Die GPA-djp tritt dafür ein, dass die Behörde auch entsprechende Ressourcen erhält, um Whistleblowing-Systeme nachhaltig überprüfen zu können.

Die Erfahrung mit Meldesystemen aller Art lehrt allerdings, dass die Einrichtung eines solchen Systems – sei es eine Telefon-Hotline, eine Internet-Plattform oder ein Beschwerdebrieffkasten – nichts an der Betriebskultur an sich und dem Umgang miteinander ändert. Dazu braucht es weitere Voraussetzungen: eine öffentliche Diskussion und Zivilcourage – beides kann man nicht kaufen, im Gegensatz zu einer technischen Einrichtung für ein Hinweisgebersystem.

Bei Datenschutzproblemen im Betrieb oder bei allgemeinen Fragen zu Hinweisgeber-Systemen beraten die zuständigen RegionalsekretärInnen der GPA-djp interessierte BetriebsrätInnen und ArbeitnehmerInnen. Infos unter: <http://arbeitundtechnik.gpa-djp.at>



Kommentar



Flexibel, flexibler, am flexibelsten

Wenn die Arbeitgeber von Flexibilität sprechen, meinen sie: Überstundenzuschläge streichen. Das wäre Lohnraub!

von Wolfgang Katzian

Österreichs ArbeitnehmerInnen sind flexibel. Sie arbeiten im Schnitt länger als in anderen europäischen Ländern und machen überdurchschnittlich viele Überstunden. Etwa ein Fünftel dieser Überstunden wird weder in Geld noch in Zeitausgleich abgegolten. Österreichs ArbeitnehmerInnen sind so flexibel, dass sie einen Teil ihrer Arbeitszeit gleich gratis absolvieren.

Aus der Beratungspraxis wissen wir, dass ausloggen und weiterarbeiten, unbezahlte Vor- und Nacharbeiten, Arbeit in den Urlaub und ins Wochenende mitnehmen und der Verfall von Zeitguthaben in vielen Betrieben gelebte Praxis sind.

Selbstverständlich ist all das illegal und zum Glück immer noch die Ausnahme und nicht die Regel. Fakt ist jedoch, dass kaum ein Gesetz in Österreich so oft gebrochen wird wie das Arbeitszeitgesetz. Dabei lässt das Arbeitszeitrecht in Österreich bereits jetzt Spielräume für die Gestaltung von Arbeitszeit offen. Es ermöglicht den Sozialpartnern, auf die Interessen von Branchen und sogar einzelnen Unternehmen einzugehen und maßgeschneiderte

Lösungen auf Kollektivvertrags- und auf Betriebsvereinbarungsebene auszuarbeiten. In einzelnen Fällen ist auch eine tägliche Höchstarbeitszeit bis zu 12 Stunden und eine wöchentliche Normalarbeitszeit bis zu 60 Stunden möglich.

Kein Wunder, dass die im Wahlkampf von den Arbeitgebern zelebrierte Forderung nach flexibleren Arbeitszeiten nicht nur bei vielen Arbeitneh-

Noch mehr Flexibilität würde die Arbeitszeiten völlig entgleisen lassen.

merInnen und ihren BetriebsrätInnen, sondern auch bei den Gewerkschaften die Alarmglocken schrillen ließen. „Wir arbeiten bereits jetzt am Limit und müssen springen, wann immer wir gebraucht werden. Und jetzt sollen wir noch mehr arbeiten. Das kann nur ein schlechter Scherz sein“, sagte mir kürzlich eine aufgebrachte Angestellte einer Textilkette am Telefon. Und sie hat recht, die Forderung nach mehr Flexibilität ist ein schlechter Scherz. Den Arbeitgebern geht es dabei nicht darum, die Arbeitszeit flexibler, sondern die Arbeitskraft billiger zu machen.

Auch die Forderung der Arbeitgeberverbände in der Metallbranche nach flexibleren Arbeitszeiten deuten in eine ähnliche Richtung. Dabei sind auch dort flexible Modelle längst Realität, und es gelingt den BetriebsrätInnen und ihren Gewerkschaften gut, dass bei diesen die Interessen der Angestellten gewahrt bleiben. Genau das scheint den Arbeitgebern aber ein Dorn im Auge zu sein. Für eine Flexibilisierung, die in Wirklichkeit ein Dumping bei Löhnen und Gehältern durch Verzicht auf Überstundenzuschläge ohne Gegenleistung bedeutet, stehen wir jedoch sicherlich auch bei den Verhandlungen in der Metallindustrie nicht zur Verfügung.

Flexibilisierung bedeutet nicht Regellosigkeit. Wenn wir eine Flexibilisierung wollen, die auch ArbeitnehmerInnen Nutzen bringt, dann brauchen wir klare Regeln und keine Aushebelung von Gesetz und Kollektivvertrag. Es gilt die Arbeitsbelastung zu reduzieren, und völlig entgleiste Arbeitszeitmodelle müssen wieder auf Schiene gebracht werden.

Österreichs ArbeitnehmerInnen sind flexibel genug. ■



Mindestsicherung

Trotz Armutsgefährdung erhielten viele keine Leistung.

Im Jahr 2011 haben in Österreich 193.276 Personen die bedarfsorientierte Mindestsicherung bezogen. Unter der Einkommensgrenze, die wie die Mindestpensionen mit 753 Euro für Einzelpersonen festgelegt ist, lagen jedoch rund 390.000 Menschen. Dies geht aus Berechnungen der Armutskonferenz auf Basis von Daten der Statistik Austria aus dem Jahr 2011 hervor.

Das bedeutet, dass lediglich rund 50 Prozent der armutsgefährdeten Menschen die Mindestsicherung beantragt haben. Zwischen den einzelnen Bundesländern gab es gravierende Unterschiede: Während in Wien mehr als drei Viertel und in Salzburg fast 60 Prozent aller anspruchsberechtigten Personen die Mindestsicherung bezogen, waren es in Kärnten nur etwa 20 Prozent.

In Oberösterreich bezogen 24 Prozent der Armutsgefährdeten die Mindestsicherung, in Niederösterreich, der Steiermark, Tirol und dem Burgenland waren es zwischen 32 und 36 Prozent. In Vorarlberg waren es 48 Prozent.

Sozialexperte Martin Schenk sieht ein Stadt-Land-Gefälle: In einer Großstadt leben mehr einkommensarme Menschen, und geschützt durch eine höhere Anonymität trauen sie sich eher, einen Antrag zu stellen, als in einer kleinen Gemeinde, wo jeder jeden kennt.

Ab November Überweisungen mit IBAN

Ab 1. Februar 2014 dürfen nationale Zahlverfahren für auf Euro lautende Überweisungen und Lastschriften nicht mehr verwendet werden. Alle Euro-Zahlungen müssen dann als SEPA-Überweisung oder SEPA Lastschrift durchgeführt werden. Zahlungen innerhalb Europas funktionieren dann wie Inlandszahlungen.

Im Geldverkehr mit der GPA-djp ist die Verwendung von IBAN (BIC) bereits ab November 2013 verpflichtend. Alte Kontonummern und Bankleitzahlen dürfen nicht mehr verwendet werden. Die Creditor-ID des ÖGB und somit der GPA-djp lautet: AT48ZZZ00000006541

Unfaire Teilzeit



Teilzeitbeschäftigte erzielen wesentlich geringere Stundenlöhne als Vollzeitbeschäftigte. Diese Einkommensbenachteiligungen treffen ein Viertel aller Beschäftigten – die überwiegende Mehrheit davon sind Frauen.

Im Durchschnitt verdienen Teilzeitbeschäftigte in der Stunde um 24,2 Prozent weniger als Vollzeitbeschäftigte. Während diese im Mittel € 13,60 Bruttostundenlohn erzielen konnten, müssen sich Teilzeitkräfte mit € 10,31 begnügen. Das zeigt eine Auswertung der Verdienststrukturerhebung der Statistik Austria durch das Sozialministerium.

Zwar gibt es Unterschiede in Wirtschaftszweigen oder beruflichen Positionen, unabhängig davon verdienen Teilzeitbeschäftigte aber in allen Branchen und in allen Berufshauptgruppen pro Arbeitsstunde weniger als Vollzeitbeschäftigte.

Es gibt zwei Ausnahmen: Berufe im Gesundheitswesen (z. B. KrankenpflegerInnen) und BedienerInnen von Anlagen und Maschinen haben im Mittel zumindest denselben Stundenlohn wie Vollzeitkräfte.

Infos: www.bmask.gv.at



Jetzt gehts ums „Eingemachte“!

Die alljährlichen Verhandlungen zum Metaller-Kollektivvertrag sind im Gange. Die Gewerkschaften fordern einen Abschluss über der Inflationsrate und zusätzliche Freizeit bei besonders belastender Arbeit.

von Martin Panhholzer

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die etwa 170.000 Beschäftigten der Metallindustrie begannen heuer am 20. September mit einer großen BetriebsrätInnenkonferenz in Wien. Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp fordern neben einer kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhung den Erhalt des einheitlichen Leitkollektivvertrags der Metallindustrie.

Der Kollektivvertrag für die Beschäftigten der Metallindustrie hat traditionsgemäß eine Leitfunktion für die Lohn- und Gehaltserhöhungen aller Beschäftigten des Landes.

Daher hat das Ergebnis dieser Kollektivvertragsrunde eine weit über die Metallbranche hinaus reichende Bedeutung. Bereits im Vorjahr wurde die Verhandlungsgemeinschaft auf Betreiben des größten Fachverbandes der Maschinen und Metallwarenindustrie (FMMI) mit dem Argument, nur getrennte Verhandlungen können die spezifische Situation der unterschiedlichen Bereiche berücksichtigen, aufgeteilt.

Einheitliche Verhandlungen

Hinter diesem Versuch, die Metallverhandlungen zu zersplittern,

steckt unzweifelhaft die Absicht, die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften insgesamt zu schwächen und das Lohn- und Gehaltsniveau zu drücken.

Die etwa 2.500 ins Austria Center Vienna angereisten BetriebsrätInnen der österreichischen Metallindustrie brachten in einer einstimmig beschlossenen Resolution am 20. September die Brisanz dieses Konflikts klar zum Ausdruck. „Wenn die Fachverbände antreten, um unseren gemeinsamen Kollektivvertrag zu zerstören, müssen sie mit unserem entschlossenen Wider-

stand rechnen,“ stellt der Verhandlungsleiter der Produktionsgewerkschaft Pro-GE, Rainer Wimmer, zu Beginn der Versammlung klar.

Das Resultat der Verhandlungen im Jahr 2012 war ein völlig identer Abschluss für alle Beschäftigten. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter stiegen in allen Bereichen um 3,4 Prozent bis 3,3 Prozent. Die Ist-Löhne und Ist-Gehälter wurden um 3,3 Prozent bis 3,0 Prozent angehoben. Dieser Abschluss konnte auch die Leitfunktion für alle anderen Bereiche der österreichischen Wirtschaft behaupten.

Arbeitgeber uneinsichtig

Die Vertreter der Arbeitgeber beharren auch heuer auf einer getrennten Verhandlungsstruktur. Es ist nicht gelungen, die Verantwortlichen davon zu überzeugen, dass eine gemeinsame Verhandlung der effektivere, vernünftige Weg ist. In diesem Zusammenhang wird von der Arbeitgeberseite immer wieder die notwendige Flexibilisierung der Arbeitszeit ins Treffen geführt. Dass die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp bereit sind, über weitere Flexibilisierung zu verhandeln, haben sie im Sommer durch ein umfassendes Arbeitszeitpaket als Verhandlungsbasis zum Ausdruck gebracht.

„Für uns machen solche Verhandlungen zu diesem Thema aber nur in einer gemeinsamen Struktur Sinn. Eine Sondertour für einen einzelnen Verband wird es auch heuer sicher nicht geben, und für eine Flexibilisierung, die in Wirklichkeit ein Dumping bei Löhnen und Gehältern durch Verzicht auf Überstundenzuschläge ohne Gegenleistung bedeutet, stehen wir auch künftig sicher nicht zur Verfügung“, so der Verhandlungsleiter der GPA-djp, Karl Proyer. „Eine Partnerschaft funktioniert nur auf der Basis von gegenwärtiger Wertschätzung und auf Augenhöhe. Wenn Herr Knill (Christian Knill, Vor-

sitzender des FMMI, Anm.) meint, er könne die Umsetzung der Sozialpartnerschaft nach eigenem Gutdünken diktieren, dann wird er damit Schiffbruch erleiden“, so Proyer.

Ein größeres Stück vom Kuchen

Unbestreitbar ist, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Metallbranche schon einmal besser waren, allerdings von den VertreterInnen der Unternehmen oft schlechter dargestellt werden, als sie wirklich sind. Der seit 2007 um sechs Milliarden auf 59 Milliarden Euro gestiegene Produktionswert bringt eindrucksvoll zum Ausdruck, dass sich die Branche auf sehr hohem Niveau bewegt. „Wenn es sich die Unternehmen leisten können, auch im Jahr 2012 fast zwei Milliarden Euro an Dividenden auszuschütten und die Führungskräfte Anfang 2013 sich über einen Einkommenszuwachs von 4,5 Prozent freuen können, dann muss man die Verteilungsfrage ganz grundsätzlich stellen. Dann fordern wir ein größeres Stück vom Kuchen, um die Kaufkraft der Beschäftigten zu sichern, dann geht es ums Eingemachte“, so Proyer.

PRO-GE und GPA-djp fordern einen Abschluss deutlich über der Inflati-

onsrate, die im Schnitt im vergangenen Jahr bei 2,4 Prozent lag. Im Rahmenrecht fordern die Gewerkschaften zusätzlich bezahlte Freizeit bei besonders belastender Arbeit, eine Verbesserung der Anrechnung von Karenzen für dienstzeitabhängige Ansprüche sowie die Verbesserung der Abgeltung der passiven Reisezeiten außerhalb der Normalarbeitszeit von Angestellten.

Respekt eingefordert

Der Angestellten-Betriebsratsvorsitzende von MAN-Steyr und GPA-djp-Spitzenverhandler Markus Vogl brachte es bei der Wiener BetriebsrätInnenkonferenz auf den Punkt: „Es sind die Beschäftigten, die durch ihren tagtäglichen Einsatz die guten Ergebnisse der Betriebe ermöglichen. Es ist eine Frage des Respekts, ob man bereit ist, in Sachen Verhandlungsstruktur auf die Wünsche des Partners einzugehen, oder ob man stur auf seinen Vorstellungen beharrt.“

Die Verhandlungen für den Kollektivvertrag Metallindustrie starteten Ende September. Über den Verhandlungsverlauf und das Ergebnis informiert die Website der GPA-djp: www.gpa-djp.at ■



GPA-djp Spitzenverhandler Markus Vogl sieht gute Betriebsergebnisse vor allem durch die Beschäftigten ermöglicht.

© dewi



Caritas-Präsident Küberl fordert eine Balance zwischen der Besteuerung von Arbeit und Vermögensverträgen.

Balance bei der Besteuerung

Caritas-Präsident Franz Küberl sieht im Gespräch mit der KOMPETENZ viele Menschen in einer Menge handfester Nöte stecken. Vielen Leuten falle es schwer, um Mindestsicherung anzusuchen. Sorge bereitet ihm auch das Thema Pflege.

von Alexia Weiss

KOMPETENZ: Die Anzahl der BezieherInnen der Mindestsicherung ist gestiegen, vor allem in Wien. Gibt es hier ein neues Armutsproblem?

Küberl: Natürlich ist die bedarfsorientierte Mindestsicherung Spiegelbild der Gesellschaft – sie spiegelt wider, dass es eine ganze Menge von handfesten Nöten gibt, in denen Menschen stecken können. Etwa 20 Prozent der Menschen, die Mindestsicherung beziehen, müssen damit einige Monate oder auch länger überbrücken. Rund 80 Prozent der Bezieher erhalten Zuzahlungen zu

dem, was sie an zu geringem Verdienst haben oder an zu geringen Leistungen aus der Arbeitslosenhilfe.

Das ist mir schon wichtig festzuhalten, dass der überwiegende Teil von Mindestsicherungsbeziehern arbeitet oder dringend auf Arbeit wartet. Wir wissen übrigens, dass die beste Form von Mindestsicherung die ist, eine Arbeit zu haben. Ich will aber auch betonen, dass die Mindestsicherung gegenüber der früheren Sozialhilfe Verbesserungen gebracht hat. Es gibt nun einen Rechtsanspruch und die Menschen sind kran-

kenversichert. In manchen Bundesländern wären allerdings noch bessere Anschlussverfahren nötig.

KOMPETENZ: Was funktioniert in den Bundesländern noch nicht ideal?

Küberl: Ich glaube, dass man sich in den ländlichen Gebieten durchgehend überlegen muss: Was ist die richtige Form, dass Menschen, welche die Mindestsicherung bräuchten, diese auch bekommen. Ich weiß von einem Bezirk in der Steiermark, in dem alle Menschen, die dafür in Frage kommen, auch ange-

schrieben wurden. Ich halte das für sehr fair. Das ist kein Geld-Nachschmeißen. Diese Leute haben jeden Euro nötig. Es gibt aber dann auch Gegenden, wo sich Menschen, die einen Anspruch auf Mindestsicherung haben, gar nicht zur Behörde trauen, weil man ins Gerede kommt. Das halte ich für überwindenswert.

KOMPETENZ: Die Kluft zwischen Arm und Reich schließt sich nicht. Zuletzt hat sich im Nationalratswahlkampf wieder eine Steuerdebatte entfacht. Auch eine Reichensteuer wurde diskutiert. Wie lautet hier Ihre Position?

Küberl: Ich halte es für gescheit, dass man auch Respekt vor den Leuten hat, die gut oder sehr gut verdienen. In einem Solidarsystem braucht es auch Stärke – ich rede immer von denen, die ihr Geld redlich verdienen. Ich halte nichts von Reichenbashing. Allerdings möchte ich darauf verweisen, dass das WIFO schon vor längerer Zeit darauf aufmerksam gemacht hat, dass wir darauf achten müssen, dass die Besteuerung der Arbeit und die der Vermögenserträge in einer Balance sind.

KOMPETENZ: Es gibt Aufgaben in unserer Gesellschaft, die von vielen Menschen unbezahlt übernommen werden, wie etwa die Pflege von Angehörigen. Auch das kann zu Armut führen. Welche Probleme sieht die Caritas derzeit im Bereich der Pflege?

Küberl: Ich kann mit dem Punkt beginnen, den Sie schon genannt haben. Wir gehen davon aus, dass rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt werden, meist von ihren Angehörigen. Als Unterstützung gibt es nun auch die 24-Stunden-Pflege. Wir bräuchten eine Lösung für die Kluft, die derzeit zwischen den vier Stunden an Hauskrankenpflege, die bezahlt werden, und der 24-Stunden-Pflege klafft. Wir werden schauen müssen, dass wir auf eine Pflege von bis zu acht Stun-

den am Tag kommen und so dafür sorgen, dass die Leute, die zu Hause bleiben wollen, das auch können.

Man muss zudem aufpassen, dass das Pflegegeld nicht zu einem Taschengeld verkommt. Das Pflegegeld ist seit seiner Einführung 1993 um 29 Prozent im Wert gesunken. Daher muss der Pflegefonds vernünftig ausgebaut werden. Das Risiko Pflege muss genauso abgesichert werden wie das Risiko, krank oder arbeitslos zu werden.

KOMPETENZ: Hinsichtlich der 24-Stunden-Pflege gibt es aus gewerkschaftlicher Sicht massive Bedenken hinsichtlich der Arbeitsbedingungen dieser Kräfte. Teilen Sie diese?

Küberl: In Wirklichkeit war das ja die Legalisierung von mehreren Tausend halblegalen oder illegalen Beschäftigungsverhältnissen. Dass das ewig so bleibt, würde ich nicht sagen. Eine Änderung würde aber einen finanziellen Mehrbedarf bedeuten. Da ist die schwierige Frage: Wer bezahlt das? Ein wichtiger Schritt wäre nun sicherzustellen, dass es seitens der Anbieter eine vergleichbare Qualität gibt. Und: Derzeit wissen wir, dass hier Menschen aus anderen Ländern tätig sind, für die unser Geld heute mehr wert ist als das in ihrer Heimat. Auch das wird sich einmal ändern.

KOMPETENZ: Eine Gruppe von Menschen, die zuletzt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist, sind AsylwerberInnen. Die Caritas ist hier durch ihr Engagement für die Flüchtlinge, die derzeit im Servitenkloster betreut werden, ebenfalls im Schlaglicht der Medien. Was läuft schief beim Thema Asyl?

Küberl: Was die Flüchtlinge, die zunächst in der Votivkirche Zuflucht gefunden haben, betrifft, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass hier etwas in Österreich unverständlicherweise zu großem Ärger geführt hat: Dass sich Asylwerber selbst zu Wort gemeldet haben. Wir sind es gewohnt, dass sich Gewerkschaften zu Wort melden, Unternehmen, auch die Caritas, aber dass Asylwerber oder Obdachlose oder Arbeitslose für sich sprechen, sorgt für Unmut, und darüber sollten wir nachdenken.

Flüchtlinge gibt es, weil es an vielen Ecken und Enden der Welt kracht. Wir müssen helfen und schauen, dass die Menschen, die flüchten, ein faires und qualitativvolles Verfahren erhalten. Man muss aber auch sehen: Asylwerber sind Menschen, die sich im Wartezimmer des Lebens befinden – monatelang oder länger. Beschäftigung würde hier vieles erleichtern. Und da stocken wir. ■

Caritas-Präsident Küberl im Gespräch mit KOMPETENZ Redakteurin Alexia Weiss.





Foto: Julian Stratenchulle/dpa/picturedesk.com

Die bisherige Krisenpolitik der EU ist gescheitert. Noch nie waren so viele Menschen in der Union ohne Arbeit wie jetzt.

Europa geht anders

Eine europaweite Initiative soll den weiteren Abbau von sozialen und demokratischen Rechten in den EU-Staaten verhindern.

von Lukas Oberndorfer

Im Dezember 2013 soll im Europäischen Rat die Grundsatzentscheidung über die Pakte für Wettbewerbsfähigkeit fallen. Worum es dabei geht? „Troika und Struktur-reformen für alle!“, lautet die zugespitzte Antwort: Die Einschnitte in das Sozialsystem, die im südeuropäischen Laboratorium erprobt wurden, sollen verallgemeinert werden. Erst ein klares „Nein“ – wie es etwa die

Initiative „Europa geht anders“ fordert – wird den Raum für Alternativen öffnen.

Für die breite Masse der Menschen in Europa ist die bisherige Krisenpolitik gescheitert: Seit Beginn der Aufzeichnungen war die Arbeitslosenquote noch nie so hoch: 26 Millionen Menschen sind in der Union ohne Lohnarbeit – rund zehn Millionen mehr als vor der Wirtschaftskrise. Besonders dramatisch ist die Situation in jenen Ländern, die im Anschluss an die Wirtschaftskrise die Politik der Troika umsetzen mussten, um Geld zu erhalten: In Griechenland und Spanien beträgt die Arbeitslosigkeit mittlerweile rund 27 Prozent – unter Jugendlichen sogar 60 Prozent. Werte, die selbst in der Zwischenkriegszeit nur kurzfristig übertroffen wurden.

Die Gelder kommen aber nicht den Arbeitslosen und Armen zugute, sondern werden zu keinem geringen

Anteil zur Rettung von Banken eingesetzt, die nicht selten aus den „Geberländern“ stammen. Neben drastischen Sparmaßnahmen verordnet das „Reformbündnis“ aus Unternehmerverbänden, Finanzindustrie, EU-Kommission, neoliberalen Staatsschefs und EZB „Strukturreformen“, zu denen sich die betroffenen Länder durch vertragliche Vereinbarungen verpflichten.

Strukturen werden nicht reformiert

Die Erfahrungen zeigen aber, dass damit nicht jene Strukturen einer Reform unterzogen werden, die für die Wirtschaftskrise verantwortlich sind. So kam es in keinem der betroffenen Länder zu einer merklich verstärkten Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Unternehmensgewinnen. Genauso wenig wurde die Monopolisierung wirtschaftlicher Entscheidungen durch eine Demokratisierung aufgebro-

Was ist die EU-Troika?

Die Troika ist aus VertreterInnen der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission zusammengesetzt. Jene Mitgliedsstaaten, die Gelder aus dem „Rettungsschirm“ erhalten wollen, müssen „Verträge“ über „Strukturreformen“ mit der Troika aushandeln.

chen. Im Gegenteil, die Ungleichheit in der Verteilung und die Entdemokratisierung der Wirtschaft(-spolitik) spitzte sich weiter zu.

Da Ausgabenkürzungen und neoliberale Strukturreformen die Nachfrage drosseln, kam es zu einem massiven Einbruch der Wirtschaft. Dass diese Entwicklung im Süden letztlich auch die Länder des Zentrums treffen werde, war kritischen Ökonomen von Anfang an klar: denn 87 Prozent der Nachfrage nach europäischen Gütern und Dienstleistungen gehen auf die Nachfrage im Europäischen Binnenmarkt zurück. Dieser Zusammenhang wurde 2012 neuerlich offenkundig, als die Wirtschaftsleistung der gesamten Eurozone um 0,4 Prozent zurückging.

Die Verallgemeinerung der Krisenpolitik

Obwohl die Politik in den „Krisenländern“ aus der Perspektive der breiten Masse gescheitert ist, wird sie in ganz Europa verallgemeinert: Das neoliberale „Reformbündnis“ hat ab 2010 energische Anstrengungen unternommen, Teile der sogenannten Austeritätspolitik (bedingungslose Kürzung der öffentlichen Leistungen) und der „Strukturreformen“ auf ganz Europa auszuweiten. Im Zentrum dieser Bemühungen stehen die sogenannte Economic Governance (wirtschaftliches Paket aus sechs Rechtsakten, welches die Haushalts- und Wirtschaftspolitik verstärkt in die Hände der Europäischen Kommission legt) und der Fiskalpakt (völkerrechtliche Verpflichtung zu drastischer Sparpolitik), die Ende 2011 bzw. Anfang 2013 in Kraft getreten sind.

Pakte für Wettbewerbsfähigkeit

Diese Politik soll nun mit einer Grundsatzentscheidung im Dezember 2013 in ihre nächste Etappe gehen: In Pak-

ten für Wettbewerbsfähigkeit, so die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, sollen sich alle Mitgliedsstaaten der Euro-Zone vertraglich gegenüber der Kommission zur Deregulierung ihres Arbeitsrechts, zur „Reform“ ihrer Pensionssysteme und zur Senkung ihrer Löhne verpflichten. Um politischen Widerstand zu überwinden, werden Zuckerbrot und Peitsche in Position gebracht: Wenn die Maßnahmen umgesetzt werden, gibt es dafür ganz nach dem in den Krisenländern zur Anwendung kommenden Modell, eine finanzielle Unterstüt-

Die neoliberalen Kräfte in der EU wollen die gescheiterte Kürzungspolitik auf ganz Europa ausweiten.

zung. Andernfalls drohen Verwarungen und Sanktionen in Form von Geldbußen.

Die Entfaltung der Wirtschaftskrise und ihre „Bearbeitung“ haben die ohnehin oft schon prekäre Lebenssituation vieler Menschen weiter verschärft und die neoliberalen Europabilder brüchig werden lassen. Eine Vertiefung der Union im Interesse der Wenigen stößt daher immer weniger auf den Konsens der Bevölkerung und lässt sich deshalb kaum noch demokratisch durchsetzen.

Autoritär-neoliberale Krisenpolitik

Es überrascht daher nicht, dass die bisherigen Bausteine der Krisenpolitik ein autoritär-neoliberales Muster aufweisen: Sie stellen einen Eingriff in die europäischen Verträge dar, der ordnungsgemäß nur durch ein Vertragsänderungsverfahren erfolgen hätte können, das die frühzeitige Einbindung und Zustimmung der Parlamente und eine Ratifizierung durch alle Mitgliedsstaaten vorsieht. In den Rechtswissenschaften herrscht daher weitgehend Einigkeit darüber, dass

die Maßnahmen zur Absenkung der Zustimmungserfordernisse rechtswidrig beschlossen wurden.

Dieses Muster scheint sich nun ein weiteres Mal zu wiederholen: Folgt man den Plänen der Kommission, soll wiederum eine untaugliche Rechtsgrundlage für die Pakte für Wettbewerbsfähigkeit herangezogen werden. Erneut soll die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission gegenüber der parlamentarischen Ebene gestärkt werden, auf der sich die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung vergleichsweise gut ausdrücken können.

Was nun?

Gegen die Krisenpolitik bilden sich zunehmend Bündnisse von unten. Hierfür steht der Aufruf „Europa geht anders“, der von zahlreichen ErstunterzeichnerInnen aus ganz Europa unterstützt wird. Auf der entsprechenden Homepage heißt es: „Wir fordern alle Menschen, die ein anderes Europa wollen, auf, Druck auszuüben, damit möglichst viele Regierungschefs dem Wettbewerbspakt eine Absage erteilen. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen!“

Aufruf:

www.europa-geht-anders.eu

Lukas Oberndorfer



ist Experte für Europarecht, Binnenmarktpolitik und Europa-forschung in der Abteilung EU & Internationales der AK Wien.



© Nomad_Soul, Fotolia.com

Falscher Zwang zum Sparen

Konservative Sparpolitik wurde durch eine Studie gerechtfertigt, die auf schweren Berechnungsfehlern aufbaut.

von Lucia Bauer

Wer kann schon spontan die Wirtschaftsleistung eines Staats nachrechnen oder eine Statistik nachprüfen? Rechtzeitig mit passenden Zahlen zu winken, kann politische Gegner leicht mundtot machen. Wie gerufen kamen daher für die Verfechter eines harten Sparkurses 2010 die Berechnungen der US-Ökonomen Carmen Reinhard und Kenneth Rogoff, die angeblich belegten, dass bei einer Staatsverschuldung von mehr als 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die Wirtschaft unweigerlich zu schrumpfen beginnt.

Reinhard und Rogoff hatten in 44 Ländern untersucht, wie sich Staatsschulden auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Sie postulierten, dass Schulden gefährlich seien und der Staat handlungsunfähig würde. Damit lieferten sie sparwütigen PolitikerInnen in ganz Europa den akademischen Unterbau für Schuldenbremse und harte Sparauflagen.

Dazu schreibt Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugmann in der New York Times: „Die Reinhard-Rogoff-Studie erschien gerade zu Beginn der Griechenlandkrise und stand in Einklang mit dem Wunsch vieler Politiker, von Stimulus- auf Sparkurs umzuschwenken.“ Statt Investitionen gab es Sparprogramme – so auch in Spanien.

Studie entzaubert

Drei Jahre später ist von der magischen 90-Prozent-Grenze nicht mehr viel übrig. Peinlich, aber wahr: Reinhard und Rogoff haben sich verrechnet. Andere Forscher, wie Thomas Herndon, Doktorand an der Universität Massachusetts, versuchten vergeblich die Ergebnisse und die magische 90-Prozent-Schuldengrenze nachzuvollziehen.

Gleich mehrere Fehler wurden inzwischen nachgewiesen. Durch einen Excel-Anwendungsfehler wur-

den die Länder Österreich, Australien, Kanada, Dänemark und Belgien nicht in die Berechnungen mit einbezogen. Gefpuscht wurde auch bei der Gewichtung der Länder. So wurde etwa Großbritannien, dessen Wirtschaft trotz einer Schuldenquote von über 90 Prozent um 2,4 Prozent des BIP gewachsen ist, zu niedrig gewichtet.

Die Studie beweist alles und nichts. Es gibt Länder mit hohen Schulden, die trotzdem wachsen und solche, die es nicht tun. Was bleibt, ist neben der Blamage für alle, die den falschen Zahlen aufgesessen sind, die katastrophale Auswirkung der Sparpolitik. Trotz tiefer Einschnitte in Sozialsysteme, Löhne und Pensionen, ist die Wirtschaft in den Krisenländern weiter abgestürzt und die Schulden sind gewachsen. Der wahre Skandal rund um die falschen Zahlen ist nicht der Rechenfehler, sondern die verfehlte Politik, die damit gerechtfertigt wird. ■

Erkrankung muss auch Zeitausgleich unterbrechen

Katzian drängt auf rasche gesetzliche Reparatur.

Wer sich Zeitausgleich genommen hat und erkrankt, kann den Zeitausgleich – anders als den Urlaub – nicht in Krankenstandstage umwandeln. Das besagt ein aktuelles Urteil des Obersten Gerichtshofs (OGH).

Bei einem längeren Krankheitsfall im Urlaub wird dieser ab dem dritten Tag für die Dauer des Krankenstandes unterbrochen. Die entsprechenden Urlaubstage werden nicht verbraucht. Wird man während eines Zeitausgleichs krank, verfällt dieser hingegen ersatzlos.

Für GPA-djp-Vorsitzenden Wolfgang Katzian ist es untragbar, dass durch

dieses OGH-Urteil bereits geleistete Arbeitszeit nicht mehr für die Angestellten verfügbar sein sollte. Die Honorierung von geleisteten Überstunden fällt einfach weg. „Der Gesetzgeber ist hier gefordert, rasch eine Klarstellung vorzunehmen, um eine rechtliche Gleichstellung zwischen Urlaub und Zeitausgleich vorzunehmen“, so Katzian.

Katzian bekräftigt, dass günstigere betriebliche Regelungen, wie sie in zahlreichen Betriebsvereinbarungen bestehen, selbstverständlich auch nach diesem OGH-Urteil aufrecht bleiben und auch zukünftig vereinbart werden können.

Angestellte gegen Sonntagsöffnung

Die oberösterreichischen Handelsangestellten haben ein klares Votum gegen Pläne zur Sonntagsöffnung in Bad Leonfelden und Grieskirchen abgegeben. Die GPA-djp hat eine Urabstimmung in den betroffenen Handelsbetrieben durchgeführt: Die überwiegende Mehrheit der Angestellten will am Sonntag nicht arbeiten.

Der öffentliche Druck zeigte Wirkung: Der Wirtschaftsbund Bad Leonfelden erhält nun keine Sondergenehmigung zur Ladenöffnung an Sonntagen während der kommenden Landesausstellung.

Krank und gekündigt

Die Arbeiterkammer kritisiert den Umgang von Arbeitgebern mit ihren MitarbeiterInnen im Krankenstand. Eine Online-Umfrage mit 5.500 TeilnehmerInnen im Juni 2013 ergab, dass 90 Prozent der ArbeitnehmerInnen schon einmal krank arbeiten gegangen seien, „weil sie ihre Kollegen nicht im Stich lassen wollen oder Angst um den Job haben“.

Knapp neun Prozent der Befragten seien zumindest einmal im Zusammenhang mit Krankenstand zu einer einvernehmlichen Lösung oder Selbstkündigung gedrängt worden. Von diesen haben 57 Prozent das Unternehmen auch gleich verlassen. Elf Prozent der TeilnehmerInnen an der Online-Umfrage wurden im Krankenstand gekündigt oder entlassen. Und fünf Prozent hatten im Krankenstand schon einmal Probleme mit der Fortzahlung ihrer Entgelte.



© Lisi Specht
Für AK-Präsident Rudolf Kaske sind das alarmierende Daten:

„Kranke Menschen müssen sich auskurieren. Sie noch unter Druck zu setzen ist wirklich letztklassig.“ Die AK fordert daher, dass auch bei einvernehmlichen Lösungen des Dienstvertrages der Betriebsrat verpflichtend eingeschaltet wird.



Laura Weissenbach ist als freie Dienstnehmerin rechtlich schlechter abgesichert als Angestellte.

© Nurih Wagner-Strauss

Frei – aber doch gebunden

Die Situation freier DienstnehmerInnen wurde durch die gewerkschaftliche Initiative work@flex in Teilbereichen verbessert. Weitere Gleichstellungen mit Angestellten sind dringend notwendig.

von Andrea Rogy

Rund 50.000 Menschen arbeiten in Österreich derzeit als sogenannte freie DienstnehmerInnen. Die meisten von Ihnen sind im Gesundheits- und Sozialbereich, in der Erwachsenenbildung, im Bereich Werbung und Marktkommunikation sowie im Journalismus tätig. Was auf den ersten Blick wie eine freie Tätigkeit aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen meist als Umgehungs konstruktion: Denn der Großteil der freien DienstnehmerInnen steht, auf den Arbeitsinhalt bezogen, in totaler Abhängigkeit zum jeweiligen Arbeitgeber.

Trotzdem haben diese Menschen kein normales Angestelltenverhältnis und daher gelten für sie arbeitsrechtliche Bestimmungen wie ein Mindesteinkommen durch einen

Kollektivvertrag oder das Arbeitszeitgesetz einfach nicht. Für GPA-djp-Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein ein unhaltbarer Zustand: „Die soziale und arbeitsrechtliche Situation von Menschen in flexiblen Arbeitsverhältnissen muss dringend verbessert werden. Auch atypisch Beschäftigte müssen ein Auskommen mit ihrem Einkommen finden.“

Die Ergebnisse einer Online-Befragung von 315 freien DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen zu ihren Arbeitsbedingungen und Honoraren im Juni 2013 bestätigen dieses Bild: Obwohl freie DienstnehmerInnen sehr gut ausgebildet sind, ist nur die Hälfte der Honorare existenzsichernd. Atypische Beschäftigung ist mittlerweile altersunabhängig. Die Dunkelziffer

bei Umgehungsverträgen ist nach wie vor hoch.

Mutterschutz gefordert

Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen sind besonders benachteiligt, denn für untypische Erwerbsverläufe ist bei ausbeuterischen Dienstverhältnissen einfach kein Platz: Freie DienstnehmerInnen fallen derzeit nicht unter die Bestimmungen des Mutterschutz- und Elternkarenzurlaubsrechtes. Im Falle einer Schwangerschaft sind sie nicht abgesichert und der Willkür des Arbeitgebers völlig ausgeliefert.

Dass in so einer Situation die arbeitsrechtliche Schlechterstellung aufgrund eines freien Dienstvertrages sogar die Existenz bedrohen kann,

hat Laura Weissenbach schmerzlich erfahren: Die diplomierte Architektin konnte zu Beginn der Schwangerschaft wegen Übelkeit nicht mehr so viele Stunden arbeiten wie zuvor. Daher sank mit dem Einkommen auch die Berechnungsgrundlage für das Wochengeld und das Kinderbetreuungsgeld. Im Betrieb wurde sie beschimpft und für einen schlechten Fortgang eines Projektes verantwortlich gemacht, weil sie nicht dieselbe Leistung bringen konnte wie bisher.

„Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass eine Schwangerschaft für Frauen existenzbedrohend wird, weil die sozialrechtliche Absicherung fehlt“, kritisiert Dwora Stein. Die GPA-djp fordert daher dringend die Einbeziehung aller freien DienstnehmerInnen in das Mutterschutz- und Elternkarenzurlaubsrecht.

Rechte verbessern

Die Befragung der freien DienstnehmerInnen hat gezeigt, dass die meisten Betroffenen, insbesondere Frauen, gar keinen Spielraum haben, um ihr Honorar zu verhandeln. 60 Prozent der Betroffenen arbeiten für einen Stundenlohn von 10 bis 25 Euro. Davon bleibt am Ende gerade die Hälfte im Borsel. Die GPA-djp-Interessengemeinschaft work@flex hat es sich daher zum Ziel gesetzt, die Rechte aller abhängig Beschäftigten zu verbessern.

Andrea Schober, Studienautorin, präzisiert: „Wir fordern rechtlich abgesicherte, also einklagbare Mindesthonorare für ‚echte‘ freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen. Angelehnt an die jeweiligen Branchenkollektivverträge soll es existenzsichernde Mindesthonorare samt Berücksichtigung von Sonderzahlungen und der entsprechenden Arbeitgeberanteile bei Sozialversicherung und Lohnsteuer geben. Diese Honorare müssen demnach mindestens doppelt

so hoch wie das kollektivvertragliche Bruttostundenentgelt sein.“

Konkrete Verbesserungen

Seit sich die GPA-djp im Rahmen der Initiative work@flex ganz besonders um freie DienstnehmerInnen bemüht, konnten zahlreiche Verbesserungen erreicht werden: Seit Jänner 2008 bekommen freie DienstnehmerInnen ab dem vierten Tag Krankengeld. Sie sind in die Arbeitslosenversicherung mit einbezogen und erhalten bei Schwangerschaft Wochengeld. Sie sind auch in die Abfertigung neu und in den Insolvenzschutz mit einbezogen.

In den Bereichen Erwachsenenbildung und Call-Center hat die Gewerkschaft in den vergangenen Jahren bei der Bekämpfung von Umgehungsverträgen sehr gute Erfolge erzielt: Tausende MitarbeiterInnen wurden angestellt, weil durch die ständige Thematisierung, die vielen Verfahren der GPA-djp beim Arbeits- und Sozialgericht und die darauf basierenden Prüfungen der Gebietskrankenkassen großer öffentlicher Druck entstanden ist.

Sorgenkind 24-Stunden-Pflege

Besonders gefordert wird die Gewerkschaft in nächster Zeit im Gesundheits- und Sozialbereich sein, wo es aktuell die meisten freien DienstnehmerInnen gibt. Auch Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze sind in dieser Branche in den seltensten Fällen eine existenzsichernde Vollbeschäftigung.

Ein besonderer Dorn im Auge ist Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein die derzeitige Form der 24-Stunden-Betreuung: „Es kann nicht sein, dass wir zulassen, dass hier Menschen mit der fadenscheinigen Begründung ausgebeutet werden, dass sie immer noch mehr verdienen als ein ihrem Heimatland.“ Derzeit sind in Österreich zwischen 40.000 und

50.000 Personen als 24-Stunden-Pflegerinnen auf Werkvertragsbasis für ein Tageshonorar zwischen 40 und 60 Euro beschäftigt. „Die Pflegerinnen – zumeist Frauen aus dem Ausland – sollten bei Vereinen angestellt werden und damit unter ‚menschenwürdigen Bedingungen‘ arbeiten können“, fordert Stein.

Stein hält das arbeitsrechtliche Konstrukt des freien Dienstnehmers grundsätzlich für unnötig: „Ein Angestelltenverhältnis bietet beiden Seiten ausreichend Flexibilität.“ Ziel der Gewerkschaft ist es, die rechtliche Situation der prekär Arbeitenden immer mehr an ein Angestelltenverhältnis anzugleichen.

Die GPA-djp wird prekär Beschäftigte weiterhin dabei unterstützen zu prüfen, ob ein freies Dienstverhältnis oder ein Angestelltenverhältnis vorliegt. Umgehungskonstruktionen von „schlau“ ArbeitgeberInnen sollen sich in Zukunft immer weniger lohnen. ■

Mehr Infos

Die neu aufgelegte Broschüre „Paragraphendschungel“ von der work@flex gibt einen Überblick über Sozialversicherung, Einkommensteuer und Vertragsgestaltung im freien Dienstvertrag und im Werkvertrag. Hier finden prekär Beschäftigte Antworten auf die häufigsten Fragen, die im atypischen Arbeitsalltag auftauchen.

Information und Bestellung unter 05 03 01-301 oder unter www.gpa-djp.at





Beim „Protest Song Contest“ fordern Flüchtlinge bessere Absicherung.

Foto: Lisbeth Kovacic

Arbeiten ohne Papiere

Menschen ohne Aufenthalts- oder Arbeitsberechtigung sind am Arbeitsmarkt präsent. Eine Broschüre zeigt, wie die schlechten und gefährlichen Bedingungen dieser „undokumentierten Arbeit“ verbessert werden können.

von Andrea Rogy

Alle ArbeitnehmerInnen, die arbeiten, sollten dafür auch fair bezahlt werden. Leider trifft das in der Realität nicht auf alle Beschäftigten zu. Arbeiterkammern und Gewerkschaften beraten täglich viele Menschen, die für die geleistete Arbeit kein oder zu wenig Geld von den ArbeitgeberInnen erhalten.

Dabei gibt es eine ganz spezielle Gruppe, nämlich Menschen, die sich ohne Aufenthaltspapiere in Österreich aufhalten. Da sie hier Fuß fassen wollen und sich sinnvoll beschäftigen möchten, suchen sie den Zugang zum Arbeitsmarkt. In den meisten Fällen bleibt ihnen dieser aufgrund fehlender oder mangelhafter Arbeitsbewilligungen offiziell verwehrt. Dennoch finden diese Menschen auf vielfältigen Wegen einen Job.

Diese inoffizielle Beschäftigung wird als „undokumentierte Arbeit“ bezeichnet. Typische Kennzeichen

sind exzessiv lange Arbeitszeiten, das Fehlen jeglicher sozialer Absicherung sowie massive physische bzw. psychische Belastungen. ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen werden ignoriert, die Löhne liegen weit unter den branchenüblichen oder kollektivvertraglich vorgegebenen Mindeststandards.

Unsichere Arbeitssituation

„Die Lohnarbeit von MigrantInnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitsberechtigung ist unsicher, schlecht bezahlt und gefährlich“, präzisiert Josef Wallner, Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien. Lohndumping und Sozialbetrug betreiben für den Experten aber nicht die Beschäftigten, sondern die ArbeitgeberInnen, welche die prekäre Situation der Arbeitssuchenden ausnutzen.

Um Menschen, die unter diesen Bedingungen arbeiten, zu schützen

und ihnen gewisse Rechte aufzuzeigen, hat sich im März 2011 ein Arbeitskreis von MitarbeiterInnen aus Arbeiterkammern, Gewerkschaften, NGOs sowie von selbstorganisierten MigrantInnenorganisationen und anti-rassistischen AktivistInnen gebildet.

In Zukunft will man die Arbeitenden auch dabei unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. Da dies nicht immer risikofrei in Bezug auf den Aufenthaltsstatus ist, werden in einer Broschüre die verschiedenen Arten des Aufenthaltsrechts von Personen ohne EU-EWR-Pass durchgegangen. Dabei wird auf den jeweils damit verbundenen eingeschränkten bzw. nicht vorhandenen Zugang zum formellen Arbeitsmarkt eingegangen und daraufhin das mögliche aufenthaltsrechtliche Risiko für eine Durchsetzung von Rechten bei un(ter)dokumentierter Arbeit erörtert.

Bestellmöglichkeit: (01) 501 65-401 oder bestellservice@akwien.at

Hohe Fluktuation auf Achse

Versicherungs-Außendienstler leiden unter steigenden Zielvorgaben und permanentem Verkaufsdruck.

von Andrea Rogy

Der berufliche Alltag der Außendienstbeschäftigten in Versicherungsunternehmen ist im Laufe der letzten Jahrzehnte immer fordernder, komplexer und belastender geworden. „Wir haben einen permanenten Druck zu verkaufen. Da die Basis des Einkommens ein geringes Fixum ist, verdienen MitarbeiterInnen im Außendienst hauptsächlich über ihre Verkaufsprovisionen“, erklärt GPA-djp-Regionalsekretär Andreas Schmidt.

Derzeit gibt es in Österreich rund 11.000 angestellte Außendienstbeschäftigte in Versicherungsunternehmen. Doch die Fluktuation ist hoch. Viele junge Beschäftigte wechseln aufgrund der unsicheren Einkommensentwicklung, mangelnder interner Unterstützung und des Druckes, rasch hohe Umsatzzahlen zu erreichen, bereits nach wenigen Monaten das Unternehmen oder verlassen gar die Branche.

Um den Faktoren für die steigende Unzufriedenheit auf die Spur zu kommen, haben die BetriebsrätInnen die Beschäftigten befragt. Im Rahmen der Initiative „Wir verdienen bessere Arbeitsbedingungen!“ haben 2012 über 4.000 Personen die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer optimierten Einkommensstruktur, verbesserten Weiterbildungsmöglichkeiten und einer Verringerung des Arbeitsdruckes und der Zielvorgaben unterstützt.

Anforderungen steigen

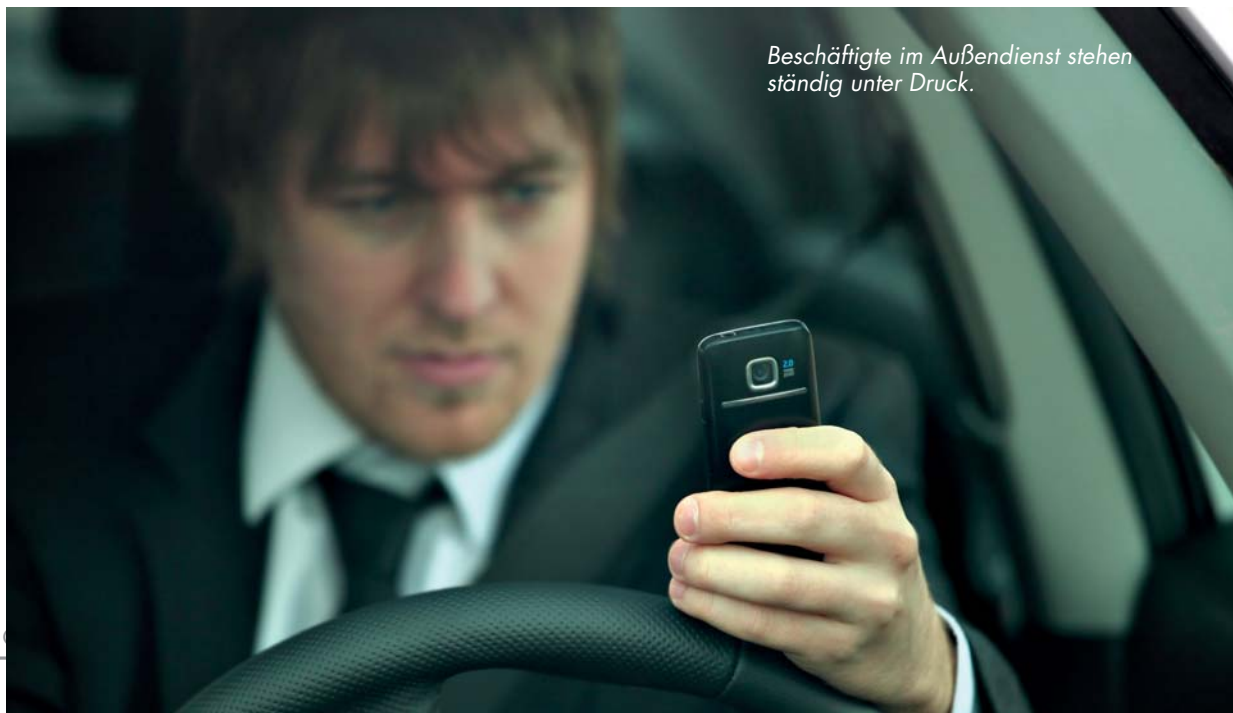
Die Beschäftigten sollten ihre Arbeitssituation einschätzen. Es zeigte sich, dass die Anforderungen im Job steigen. „Die Zielvorgaben werden in die Höhe geschraubt und auch die permanente Erreichbarkeit ist anstrengend“, beschreibt Andreas Haim-Geist, Zentralbetriebsratsvorsitzender der DONAU-Versicherung, die Situation.

„Sowohl die Kunden als auch die Unternehmen verlangen immer mehr von den Außendienstlern“, so Haim-Geist. Auf der einen Seite gibt es ständig neue Produkte und es wird erwartet, dass die MitarbeiterInnen rasch und genau über alle Details Bescheid wissen. Auf der anderen Seite steigen die Verkaufsvorgaben und die administrativen Anforderungen.

Auf der Strecke bleibt oft die Weiterbildung. Dabei hat die Befragung gezeigt, dass die Beschäftigten eine gute Aus- und Weiterbildung als Schlüssel zum Erfolg sehen.

Im Herbst wird die Umfrage dem Versicherungsverband übergeben. Die Kollektivvertragspartner haben sich bereits auf ein zeitgemäßes Berufsbild, das „Leitbild für AußendienstmitarbeiterInnen“, verständigt. Gespräche über ein gerechteres Entlohnungssystem laufen. ■

Beschäftigte im Außendienst stehen ständig unter Druck.





© contrastwerkstatt, Fotolia.com

Unfreiwillig länger im Geschäft

Ein Stimmungsbericht der Lehrlinge im Handel.

von Andrea Rogy

Um einen Überblick über die Arbeitssituation der Lehrlinge im Handel zu bekommen, führt die GPA-djp-Jugend eine jährliche Umfrage durch. In diesem Jahr wurden österreichweit 1.871 Lehrlinge befragt, die innerhalb des Handels-Kollektivvertrages arbeiten.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Reizthemen der Handelsbranche bereits in der Generation der Lehrlinge abbilden: unfreiwillige Überstunden, ungeliebte Samstags-Arbeit und die Angst, die Lehrstelle zu verlieren sind die brennendsten Themen.

Überstunden nicht immer freiwillig

Mehr als 60 Prozent der befragten Lehrlinge haben bereits Überstunden geleistet. Mehr als die Hälfte davon arbeitet bis zu fünf Stunden im Monat mehr. Dass Lehrlinge regelmäßige Überstunden machen hält der Bundesjugendsekretär der GPA-djp, Helmut Gotthartsleitner, für problematisch: „Bereits die jüngsten Beschäftigten leisten von

Anfang an mehr als sie müssten und dürften. Das kann dazu führen, dass Lehrlinge Überstunden als geltende Normalität des Arbeitsalltages verinnerlichen.“

Die Befragung hat gezeigt, dass fast 30 Prozent der Lehrlinge, die Überstunden leisten mussten, diese zumindest schon einmal unbezahlt – also ohne finanzielle Abgeltung oder Zeitausgleich – gemacht haben. Beinahe die Hälfte der Befragten hat unfreiwillig mehr gearbeitet. „Hier hat sich offenbar eine Überstunden-Unkultur eingeschlichen“, kritisiert Gotthartsleitner.

Am Samstag lieber frei

Ein Stachel im Fleisch der Handels-Lehrlinge scheint die Samstagsarbeit zu sein: Rund 65 Prozent der Befragten, die am Samstag da sein müssen, arbeiten nicht freiwillig und hätten lieber frei.

Dass am Sonntag nicht gearbeitet werden soll, davon sind die Befragten zu 98 Prozent überzeugt. Fast die

Hälfte würde sogar den Job wechseln, wenn sie am Sonntag arbeiten müssten. „Ein deutliches Votum der jungen Generation gegen eine Sonntagsöffnung im Handel“, kommentiert Gotthartsleitner.

Krankenstand unerwünscht

Die Befragung zeigt, dass der Druck, krank zur Arbeit zu kommen, bereits im Lehrlingsalter beginnt: Ein Viertel der Befragten gibt an, dass der/die Chefin sie spüren lasse, dass es ihm/ihr lieber wäre, wenn der Lehrling zur Arbeit käme.

Unerfreulich ist, dass 52 Prozent der Befragten angeben, nicht in ihrem Wunschberuf zu arbeiten. Fast ein Viertel der Lehrlinge hat Angst, die Lehrstelle zu verlieren und in etwa die Hälfte gibt an, nicht gut auf die Lehrabschlussprüfung vorbereitet zu sein.

Die GPA-djp arbeitet derzeit intensiv an einer qualitativen Verbesserung des Berufsbildes. Infos unter: www.handelslehrling.at



Foto: www.istockphoto.com/ebstock

Allianz „Wege aus der Krise“

Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2013 erscheint im Oktober.

Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ ist ein Zusammenschluss von elf verschiedenen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der auch die GPA-djp angehört. Sie entwickelt seit 2010 einmal pro Jahr das „Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget“ und stellt damit solidarische, ökologisch nachhaltige und demokratische Wege aus der Krise vor.

Das Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget versteht sich nicht als Utopie, sondern enthält ganz konkrete Vorschläge, die im Hier und Jetzt umgesetzt werden können. Es zeigt Lösungen auf, die sozial- und geschlechtergerecht, ökologisch nachhaltig und demokratiefördernd sind.

Folgende Ziele stehen hinter dem Zukunftsbudget: die Befriedigung von Grundbedürfnissen, die gerechte Verteilung und Bewertung von Arbeit, die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, globale Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit sowie eine Demokratie, die allen gleiche Teilhabechancen und Mitbestimmungsrechte garantiert.

Das Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget 2013 erscheint im Oktober und kann unter **Tel. 05 03 01-301** bestellt werden.

www.wege-aus-der-krise.at



EU: Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen

SPÖ-Europaabgeordnete Evelyn Regner will die Position der ArbeitnehmerInnen bei Zivilstreitigkeiten stärken. Während die konservativen Kräfte im EU-Parlament bei Klagen des Arbeitgebers gegen den/die ArbeitnehmerIn die zwingende Gerichtszuständigkeit am Sitz des Unternehmens einführen wollten, konnte sich Regner im Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments mit ihrer Idee durchsetzen, einen weiteren Gerichtsstand am Wohnsitz des/der Arbeitnehmers/in einzuführen. Regner drängt nun auf eine rasche Umsetzung dieser Empfehlung in den Mitgliedsstaaten.

Die SPÖ-Europaabgeordnete kämpft auch für die Einführung eines eigenen Gerichtsstands für Streiks. Sie will damit vermeiden, dass eine Verlagerung von Gerichtsstreitigkeiten, die aus Streiks resultieren, in Mitgliedsstaaten mit wenig Bezug zum ursächlichen Streik stattfindet.

Der Beschäftigungsausschuss sprach sich nun auch für diese gewerkschaftsnahe Position aus: Eine eigene Gerichtszuständigkeit für Arbeitskampfmaßnahmen soll die Rechte der Streikenden stärken. Zuständig sollen die Gerichte jenes Mitgliedsstaates sein, in welchem der Streik stattfindet oder stattgefunden hat.

Berufsinfomesse „Zukunft.Arbeit.Leben.“

Im November findet in St. Pölten die Jugend- und Bildungsmesse „Zukunft.Arbeit.Leben.“ der Arbeiterkammer Niederösterreich statt.

Die Veranstaltung für PflichtschülerInnen will möglichst vielen Jugendlichen und ihren Eltern rechtzeitige Infos zur Berufsorientierung geben. Bei der Messe stellen sich zahlreiche Unternehmen aus dem nahen und fernen Umland vor. Auch weiterführende Schulen sind vertreten. Angemeldete Schulklassen können die Messe ebenfalls besuchen.

Termin: Samstag, 2.11.2013, 9 bis 15 Uhr: St. Pölten, VAZ St. Pölten, Kelseng. 9



Die Stadt in der Stadt: So wird das Großprojekt Citygate aussehen.

Citygate – Wohnen mit allem Drum und Dran

Im Norden von Wien, direkt neben der U1-Station Aderklaaer Straße, entsteht derzeit mit dem Projekt Citygate einer der größten neuen Stadtteile Wiens.

von Michael Gehbauer

Neben 1.160 Wohnungen wird hier ein Einkaufszentrum mit 20.000 Quadratmetern vermietbarer Fläche gebaut, das nach Angaben der Projektbetreiber – der Stumpf Gruppe, die schon die Millennium City baute – mittlerweile zu 78 Prozent vermietet ist.

406 Wohnungen baut die Stumpf Gruppe selbst. Für die verbleibenden 754 Wohneinheiten hat sie Partner aus der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft gesucht. Ein

Modell, das sich auch schon bei der Millennium City bewährt hat.

71 neue Mietwohnungen

Auch die WBV-GPA (Wohnbauvereinigung für Privatangestellte gemeinnützige GmbH) ist mit dabei. Sie errichtet einen eigenen Bauteil mit 71 Wohneinheiten, die allesamt nicht den Bestimmungen des WWFSG (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz) unterliegen. Die hier entstehenden Woh-

nungen sind frei finanzierte Mietwohnungen mit einer Kaufoption zehn Jahre nach Bezug. Die Einkommensgrenzen des WWFSG haben für dieses Projekt keine Geltung, sodass alle InteressentInnen unabhängig von ihrem Einkommen hier eine Wohnung anmieten können.

Mit der U1 in 15 Minuten in der Innenstadt

Der Bauteil der WBV-GPA liegt in einem 9-geschoßigen Gebäude

direkt neben der stadteinwärts gelegenen Einstiegsstelle der U1. Eine bessere Anbindung ist eigentlich nicht möglich. In nur 15 Minuten erreicht man bequem und ohne umzusteigen die Wiener Innenstadt.

Aber auch mit dem privaten Pkw ist man in der Citygate gut aufgehoben. 780 Stellplätze in der Tiefgarage sowie 1.470 Abstellplätze in der angrenzenden Park&Ride-Anlage stehen den BewohnerInnen zur Verfügung und ermöglichen sinnvolle Mobilitätsentscheidungen, je nachdem, ob man auf öffentliche Verkehrsmittel oder das eigene Auto zurückgreifen möchte.

Citygate optimal für Kfz-Verweigerer

Aber auch Personen, die bewusst auf ein eigenes Kfz verzichten, sowie passionierte Radfahrer haben im Projekt Citygate ideale Voraussetzungen. Die Anmietung eines Stellplatzes ist nicht verpflichtend und für das Abstellen von Fahrrädern wird ausreichend Platz geboten.

Stadt in Stadt – Konzept

Der neue Stadtteil wird durch die beiden markanten Wohnhochhäuser mit 80 und 100 Metern Höhe als urbane Landmark fungieren und das Stadtbild prägen. Doch dieses neue Wohngebiet wird auch über ein hervorragendes Angebot an Infrastruktur verfügen.

Perfekte soziale Infrastruktur

Gegenüber auf der anderen Seite der Wagramer Straße ist ein Schulcampus geplant, der in der 1. Stufe ein Gymnasium mit einer „Neuen Mittelschule“ in der Unterstufe vorsieht und in einer zweiten Stufe auch die Errichtung einer Volksschule ermöglicht. Für die Kleinsten wird es in der Wohnhausanlage einen Kindergarten geben.

Einkaufen und Gastronomie

Das Thema Nahversorgung ist das große Plus dieser Anlage. Das Einkaufszentrum wird 50 Geschäfte beherbergen, aus denen ein 5.000 m² großer Interspar-Hypermarkt herausragen wird. Das Einkaufszentrum soll das „neue Wohnzimmer“ und der neue Treffpunkt für diesen neuen Stadtteil werden. Abgerundet wird das Angebot durch eine breite Palette von Gastronomiebetrieben.

Tolle Grünraumgestaltung

Natürlich wurde auch bei diesem Projekt auf die Grünraumgestaltung großer Wert gelegt. Da das Einkaufszentrum mit einem „Gründach“ versehen ist, kann der gesamte Innenhofbereich zum Flanieren und Spielen verwendet werden. Ein optimiertes Wegesystem ermöglicht auch das problemlose Durchqueren der gesamten Anlage.

Wohnungsmix mit verschiedenen Wohnungstypen

Das Wohnhaus der WBV-GPA verfügt über einen Aufzug und ist selbstverständlich barrierefrei erschlossen. Mit 40 B-Wohnungen (2 Zimmer), 26 C-Wohnungen (3 Zimmer) und 5 D-Wohnungen (4 Zimmer) ist für ein breites Angebot gesorgt. Die Wohnungen verfügen großteils über wohnungsbezogene Freiräume, wie Balkone, Loggien oder Terrassen.

Finanzierungsbeitrag, Miete und Fertigstellung

Die Wohnungen sind in einem zeitgemäßen hochwertigen Standard ausgestattet. Der Finanzierungsbeitrag beträgt ca. € 500,00 pro m² Wohnnutzfläche. Die Gesamtmiete inkl. Betriebskosten und Umsatzsteuer wird mit ca. € 10,00 pro m² Wohnnutzfläche und Monat veranschlagt. Ein Pkw-Abstellplatz kostet ca. 80,- Euro pro Monat.

Anfang 2013 wurde mit dem Projekt Citygate gestartet. Spatenstich für dieses Projekt war am 19.9.2013. Bei einer Bauzeit von ca. eineinhalb Jahren ist mit einer Fertigstellung 2014/2015 zu rechnen. ■

FREIE WOHNUNGEN

Bestehende Objekte:

- 3002 Purkersdorf, Herrngasse 6/3/13, 91 m², 3-Zimmer-Wohnung, mit 2 Terrassen, HWB 39 KWh/m²/a
- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18/Burgogasse 12–16, 2–3-Zimmer-Wohnungen frei, HWB (kWh/m²/Jahr) 144
- 8605 Kapfenberg, Wienerstr. 56–58, 1-Zimmer-Wohnungen ca. 30 m², HWB 80,56 KWh/m²/a
- 3300 Amstetten, Ferdinand-Waldmüller-Str. 5/1/7, 1-Zimmer-Wohnung 38,27 m², HWB 82,89 KWh/m²/a
- St. Egyden, Stadtgraben 3/3/6, 72 m², 3-Zimmer-Wohnung, Loggia, HWB 67,21 KWh/m²/a

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: 01/533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



Herbstzeit



Jetzt ist die beste Jahreszeit um Ausstellungen zu besuchen oder einfach gemütlich CDs zu hören. Für GPA-djp-Mitglieder gibt's ermäßigte Eintritte und CDs zu gewinnen.

© cofo.de



Die Terrakotta Armee

Die Armee des 1. Kaisers von China erobert in einer sensationellen Ausstellung Europa. Die Terrakotta Armee ist der größte kulturhistorische Fund des 20. Jahrhunderts.

Sehen Sie meisterhafte, originalgetreue Repliken der legendären Soldaten und Krieger.

31.10.2013 bis 2.2.2014
Arena Nova, Halle 2
Wiener Neustadt

Ermäßigte Tickets:
Di.–Fr.: Erw. 10,– statt 12,–
Kinder 6,– statt 8,–

Sa., So.,/Feiertage
Erw. 12,– statt 14,–
Kinder 6,– statt 8,–
Ticketbuchung unter:
christian@comcat.cc
www.terrakottaarmee.com

© Alexander Proefrock



SWAROVSKI Kristallwelten

Das Reich des Riesen birgt eine Fülle von Kostbarkeiten, die in 14 Wunderkammern ihren Platz finden.

Hier, in der Welt der Fantasie, inspiriert und gestaltet von einigen der größten Künstler der Moderne, kann der Besucher für einen Augenblick an Wunder glauben.

SWAROVSKI Kristallwelten
6112 Wattens
www.kristallwelten.com

Ermäßigte Vorverkaufskarten
für ÖGB-Mitglieder um
7,50 EUR statt 11,–

Erhältlich im ÖGB Tirol
6010 Innsbruck, Südtiroler
Platz 14–16, 6. Stock, Zi. 603
Tel.: 0512/597 77-603,
E-Mail: angelika.kuen@oegb.at

© Schallaburg



Das Indien der Maharadschas

Die farbenprächtige Ausstellung holt noch bis 10. November 2013 mit dem Duft exotischer Gewürze und mit verzaubernder Musik eine orientalische Welt auf die Schallaburg.

Die Ausstellung zeigt die Prachtentfaltung und den deutlich zur Schau gestellten Herrschaftsanspruch der Maharadschas vom 16. bis ins 20. Jahrhundert.

Öffnungszeiten:
Mo. bis Fr., 9 bis 17 Uhr
Sa., So.,/Feiertage, 9 bis 18 Uhr

Bei Vorlage der GPA-djp-CARD
ermäßigter Eintritt:
EUR 9,– statt 10,–

Infos zur Ausstellung:
www.schallaburg.at



© Donau Touristik



Gewinnspiel 3 CDs Christina Zurbrugg

Die Ethnopopperin Christina Zurbrugg ist bekannt für ihre einzigartige Kombination aus Gesang, Rap und modernem Jodeln. Mit ihrer unverwechselbaren Stimme schlägt sie Brücken zwischen erdigen Traditionals und urbanen Klangwelten.

Christina Zurbrugg's neue CD „doodle it!“ ist das Ergebnis ihrer jahrelangen Auseinandersetzung mit dem Wiener Salonjodler: 13 Neuinterpretationen, die mitten ins Herz treffen. Die neue CD „doodle it!“ from Vienna ist ab Oktober im gut sortierten Handel erhältlich.

Gewinnspiel:
Die KOMPETENZ verlost 3 CDs
(Kennwort: „Zurbrugg-CD“)
Teilnahmebedingungen und
Einsendeschluss siehe Seite 30.

© Verlag Austria Nostra



Gewinnspiel 3 CDs SISI INTIM

Hören Sie auf dieser von der Schauspielerin Elisabeth-Joe Harriet zusammengestellten und gesprochenen CD die schonungslosen, ja oft provozierenden Aussagen Elisabeths über Monarchie, Adel, Familie und Politik, die sie ihrem poetischen Tagebuch anvertraute. Begleitet von Erzählungen können Sie an Hand ihrer Reime ihr faszinierendes Leben nachvollziehen.

Eingebettet in Strauß Walzer werden Sie auf dieser literarisch-musikalischen Lebensreise eine weitgehend unbekannte Sisi kennenlernen.

Gewinnspiel:
Die KOMPETENZ verlost 3 CDs
(Kennwort: „Sisi-CD“)
Teilnahmebedingungen und
Einsendeschluss siehe Seite 30.

© Nowak



Gewinnspiel 3 CDs Eva Billisich

Neue Wiener Lieder der Schauspielerin Eva Billisich (Muttertag, Hinterholz 8, Qualtingers Wien) über Jugendsünden, unverdaute Momente, abgelegte Herzen und vü zvü Gfuh brandneu auf CD.

Die musikalische Bandbreite reicht von Blues über Rock bis zum Gstanzl, genussvoll durchmischt mit Wienerlied.

Die CD „Steig ei in mei Blutbahn“ ist ab 11. Oktober 2013 im gutsortierten Handel oder unter www.billisich.at bzw. www.hoanzl.at erhältlich.

Gewinnspiel:
Die KOMPETENZ verlost 3 CDs
(Kennwort: „Billisich-CD“)
Teilnahmebedingungen und
Einsendeschluss siehe Seite 30.



Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 20.10.2013. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Kaveri



9.–31. Oktober 2013

SALAM.ORIENT

Veranstaltungsorte Wien/Stmk.

Musik, Tanz und Poesie aus orientalischen Kulturen. Heuer spannt das Festival seinen Bogen von der Türkei, Algerien, Marokko, Saudiarabien bis China und Indien.

Mit der CARD 10 % Ermäßigung für alle Konzerte (außer Wiener Konzerthaus und RadioKulturhaus) www.salam-orient.at

© Mario Lang



17. Okt. bis 28. Dez. 2013

Derwisch erzählt – BEST OF Interkulttheater

Sehen Sie einen Querschnitt aus den ersten drei Programmen. Aret Aleksanyan gelingt mit seinen Geschichten eine brillante Balance zwischen feinem Humor und anspruchsvoller Unterhaltung.

www.interkulttheater.at
Karten: 01/587 05 30
Mit CARD: EUR 14,– statt 19,–

© Shmalz



9. bis 24. November 2013

KlezMORE Festival Vienna Versch. Veranstaltungsorte

Zum 10. Mal findet das Festival auf diversen Wiener Bühnen statt, wie immer ganz im Zeichen von Traditionspflege und Neuinterpretation der Klezmer-Musik und Kultur.

Info: www.klezmore-vienna.at
Karten: 01/512 63 35 0
10 % CARD-Ermäßigung

© Gamuekl und Florian Thuer



14.–30. November 2013

Wiaschtl'n

Weinhaus Sittl

Richard Weihs serviert sein neues Solo-Kabarett-Programm. „Heiße Wienerien“ mit musikalischen Beilagen wie den Buanheidl-Boogie, den Debreziner-Rap oder den Blade-Blunzn-Blues.

Karten: 01/586 33 95
Mit der CARD:
EUR 11,– statt 15,–

© Komödie am Kai



Bis 11. Jänner 2014

Ehemann zur Ansicht

Komödie am Kai

Chaos pur im Heiratsvermittlungsbüro sorgt für einen unterhaltsamen Theaterabend: Ein flottes Stück mit pointierten Dialogen, Witz und Situationskomik.

Info: www.komoedieamkai.at
Karten: 01/533 24 34
20 % CARD-Ermäßigung

© cfo.de



20. Jänner 2014

Nabucco

Wien/Stadthalle F

Genießen Sie die Verdi-Oper mit internationalen Solisten der Arena di Verona und der Mailänder Scala sowie der Opernhäuser von Rom, Venedig und Neapel, mit Chor und Orchester.

50 % CARD-Ermäßigung bei Ticketbuchung bis 20.10.2013 unter: christian@comcat.cc

Soziale Dienste in Österreich Nikolaus Dimmel/Tom Schmid

Studienverlag, 2013, € 29,90

Der Band „Soziale Dienste in Österreich“ arbeitet in umfassender und interdisziplinärer Weise die gegenwärtigen Aufgaben- und Problemstellungen, Herausforderungen und Potenziale Sozialer Dienste bei der Bewältigung sozialer Bedarfslagen auf. Dabei wird quer zu gesetzlichen Logiken wie Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Jugendwohlfahrt und Arbeitslosenversicherungrecht eine problemzentrierte Darstellung verfolgt.

Ausgewählte soziale Risiken und ihre Erfassung durch soziale Dienste werden ausführlich und verständlich erörtert. Der/die LeserIn erhält dadurch einen umfassenden rechtlichen und sozialpolitischen Überblick über die sozialen Problemfelder Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, Behinderung und Gewaltopfer. Auch die Leistungszuständigkeiten



und praxisnah herausgearbeitet.

Das Buch gibt auch einen Überblick über den regulatorischen Rahmen Sozialer Dienste, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Die gängigsten Finanzierungsmodelle sozialer Dienstleistungen werden vorgestellt. Auf das geltende Vergaberecht und die verschiedenen Steuerungsebenen wird ebenso eingegangen wie auf die Ökonomie sozialer Leistungen.

Ausgewählte Rechtsfragen aus der Arbeit der Sozialen Dienste werden ausführlich erläutert. So wird ein

werden abgeklärt. Die wichtigsten Herausforderungen zur Bewältigung sozialer Problemlagen der Sozialen Dienste werden anschaulich

Überblick über ein Regelwerk geschaffen, dessen Verständnis die grundlegende Voraussetzung für das Management sozialwirtschaftlicher Unternehmen ist. Die Darstellungen strukturieren eine sehr komplexe Materie und verschaffen einen Überblick, der bei der Planung, Ausgestaltung und der tatsächlichen Erbringung sozialer Dienstleistungen hilfreich sein kann.

Das Buch eignet sich als Lehrbelf im Studium der Sozialarbeit, Sozialpolitik, Soziologie und Sozialpsychologie und richtet sich sowohl an SozialarbeiterInnen und andere sozialpädagogische bzw. medizinische und pflegerische Berufsgruppen als auch an SozialplanerInnen, SozialrechtlerInnen und SozialpolitikerInnen. Erstmals liegt eine strukturierte Gesamtschau des Wirtschaftszweiges „Soziale Dienste“ für Österreich vor.

Andrea Rogy

Das kritische Finanzlexikon Günter Wierichs

Westend Verlag, 2013, € 17,50

Fachbegriffe aus der Finanzwelt sind meist unverständlich – sie klingen abstrus und abstrakt. Deswegen gehen wir ihrer Bedeutung oftmals nicht auf den Grund, sondern geben uns notdürftig mit unserem eigenen Halbwissen zufrieden. Das ist ein folgenschwerer Fehler, denn nur wer genau weiß, was sich hinter den häufig verwendeten Begriffen verbirgt, kann verstehen, welche tatsächliche Bedeutung sie in ihrem jeweiligen Kontext haben.

„Das kritische Finanzlexikon“ macht einen Streifzug durch die wichtigsten Begriffe der Finanzwelt. Diese werden klar und eindeutig definiert, sodass sie auch für LeserInnen ohne wirtschaftliche Vorbildung gut verständlich sind. Der Schlagwortkatalog wird anhand von



realitätsnahen Beispielen verständlich gemacht. Auszüge aus Gesetzestexten machen die Grundlagen von Regelungen deutlich und für die LeserInnen besser nachvollziehbar.

In den Erklärungen zu den einzelnen Begriffen wird über reines Fachwissen hinaus auch die verborgene „politische“ Dimension des Problemkreises dargestellt. Das Buch verdeutlicht auf eine einzigartige Weise die Zusammenhänge zwischen Politik, Realökonomie und Finanzökonomie. So werden beispielsweise die Mechanismen, Gepflogenheiten und Rituale des Bankensektors erklärt und bieten eine gute Gelegenheit zum Nachdenken über unser Dogma des quantitativen Wachstums als Basis wirtschaftlichen Handelns.

An den Beginn stellt der Autor eine Kurzbeschreibung der monetären Krisen seit 1997. Die Asienkrise 1997, die Dotcom-Krise 2000, die Finanzkrise I 2007, die Euro- und sogenannte Staatsschuldenkrise 2010 und die Finanzkrise II 2011/2012 werden kompakt, aber anschaulich nachgezeichnet. Ursachen, Akteure und Auswirkungen dieser einschneidenden wirtschaftspolitischen Ereignisse werden besprochen.

Von „A“ wie „abartige Entwicklung (oder: die Emanzipation des Geldes)“ bis „Z“ wie „Zyniker am Werk“: die plastischen Beschreibungen des Lexikons sind eine Hilfestellung für das Verständnis der gängigsten Begrifflichkeiten und Phänomene aus der Finanzwelt. Grafische Darstellungen und Zitate lockern den Text auf.

Andrea Rogy



Exklusiv für Mitglieder der GPA-djp.

3Spezial-Bonus XL.

Hallo. Willkommen in Ihrem perfekten Tarif.

In unseren Hallo-Tarifen steckt alles drin.

Sie müssen sich nur noch entscheiden, wie viel Sie im neuen MegaNetz telefonieren und surfen wollen.

49€ Aktivierungsentgelt sparen

15% Bonus auf die Grundgebühr*

Hallo	S	M	L	XL	XXL
Preis/Monat	10€ 8,5€	15€ 12,75€	20€ 17€	30€ 25,5€	40€ 34€
Minuten österreichweit	1.000	1.000	1.000	2.000	3.000
SMS österreichweit	50	1.000	1.000	1.000	1.000
Datenvolumen österreichweit	50MB	1 GB	2 GB	4 GB	6 GB
Download-Geschwindigkeit max.	2 Mbit/Sek.	2 Mbit/Sek.	4 Mbit/Sek.	21 Mbit/Sek.	42 Mbit/Sek.
Upload-Geschwindigkeit max.	1 Mbit/Sek.	1 Mbit/Sek.	2 Mbit/Sek.	5 Mbit/Sek.	5 Mbit/Sek.
MobileTV-Sender inkludiert	6	6	6	6	6

Fordern Sie Ihr 3 Bestätigungsformular inkl. Gutscheincode in der GPA-djp unter der Telefonnummer **050301-301** an. Detaillierte Infos finden Sie unter **www.gpa-djp.at/card**. Pro Mitglied sind maximal 4 Anmeldungen möglich!

Zuzüglich 20€ Servicepauschale/Jahr.

Tarife gültig bei Neuanschaffung bis auf Widerruf. 49€ Aktivierungsentgelt; Mindestvertragsdauer 24 Monate. Die angegebenen Datentransferraten können nicht zugesichert werden. Nach Verbrauch des Datenvolumens österreichweit max. 64 kbit/Sek. Die inkludierten Einheiten gelten österreichweit in alle Netze (ausgenommen Dienste-, Sonder- und Mehrwertnummern). Alle in Anspruch genommenen Leistungen, die über die inkludierten Einheiten hinausgehen, werden gesondert verrechnet. Die Preise dafür finden Sie bei den (Einzel-)Preisen/Roaminggebühren auf unserer Webseite. Jede SMS und Sprachminute nach Überschreitung der inkludierten Mengen 35 Cent. Minuten-Taktung national: 60/60. Abrechnung Datenvolumen in 102,4 Kilobyte-Schritten. Nicht verbrauchte Einheiten verfallen jeweils am Ende des Rechnungsmonats. 2 Monate gratis: 3 Schutzengel; nach Ablauf von 2 Monaten wird eine monatliche Pauschalgebühr von 1€ verrechnet. 2 Monate gratis: Anruferkennung; nach Ablauf von 2 Monaten wird für die Anruferkennung eine monatliche Pauschalgebühr von 1€ verrechnet. TV-Sender nur in Österreich nutzbar. Änderungen in Zusammenstellung und Anzahl der TV-Sender vorbehalten. Details: www.drei.at



Gewinnen Sie ein Samsung Galaxy S4 von Drei.

Senden Sie eine Postkarte an:

Redaktion KOMPETENZ, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1034 Wien
oder online unter **www.gpa-djp.at/gewinnspiele**.



Einsendeschluss ist 20.10.2013. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.